

Deutscher Bundestag
15. Wahlperiode

Protokoll Nr. 15/19

**Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“**

Kurzprotokoll

19. Sitzung

Öffentliche Sitzung

**Berlin, 16. März 2005, 17:00 Uhr
Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus**

Sitzungssaal: E.700

Vorsitz: Dr. Michael Bürsch, MdB

Tagesordnung:

1. Unterrichtung durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zum Thema „Modellprojekte für generationsübergreifende Freiwilligendienste“
2. Fachgespräch zu dem Thema „Soziales Engagement in der Realschule (Themenorientiertes Projekt Soziales Engagement)“ mit Beate Müller, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg; Monika Wenger, Realschule Donaueschingen
3. Beschlussfassung über die Stellungnahme des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“ zu dem Entwurf eines „Gesetzes zur Regelung des Zugangs zu Informationen des Bundes (Informationsfreiheitsgesetz – IFG)“, Drs. 15/4493
4. Verschiedenes

Anwesenheitsliste*

Mitglieder des Unterausschusses

SPD

Bürsch, Dr. Michael
Grasedieck, Dieter
Schaaf, Anton

CDU/CSU

Blumenthal, Antje
Pawelski, Rita
Riegert, Klaus
Scheuer, Dr. Andreas

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dümpe-Krüger, Jutta

FDP

Lenke, Ina (FDP)

Entschuldigt:

Gabriele Lösekrug-Möller
Gabriele Hiller-Ohm

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigelegt.

Bundesregierung

BMFSFJ

Hackler, Dieter
Gölz, Dr. Heide
Schenkel, Dr. Martin
Jacobi, Gudrun

Externe Experten

Müller, Beate (Ministerium für Kultus, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg)
Wenger, Monika (Realschule Donaueschingen)

Fraktionen und Gruppen

Stein, Thomas (FDP)
Kühn, Volker (CDU/CSU)

Der **Vorsitzende** eröffnet die 19. Sitzung des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“ und begrüßt zu TOP 1 „Unterrichtung durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zum Thema Modellprojekte für generationenübergreifende Freiwilligendienste“ Dieter Hackler und Dr. Heide Gölz aus dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und zu TOP 2 „Soziales Engagement in der Realschule“ Beate Müller aus dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg sowie Monika Wenger von der Realschule Donaueschingen.

Der Vorsitzende ruft TOP 1 „Unterrichtung durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu dem Thema Modellprojekte für generationenübergreifende Freiwilligendienste“ auf.

Dieter Hackler (BMFSFJ) erläutert, dass den Mitgliedern der Parlamentarischen Begleitgruppe und anderen Parlamentariern heute ein Schreiben des Bundesministeriums sowie die Liste der Modellprojekte für generationenübergreifende Freiwilligendienste zugestellt worden sei. Er gehe davon aus, dass die Liste nunmehr bekannt sei. Die Liste enthalte 54 bewilligungsfähige und bewilligungsreife Projekte. Träger seien sowohl Verbände der Wohlfahrtspflege als auch kleinere Träger. Teilweise stünden bei einzelnen Projekten allerdings noch inhaltliche Konkretisierungen aus. Gegenüber dem Zwischenbericht vom 28. September 2004 seien mit den Bereichen international ausgerichteter Freiwilligendienste sowie Umwelt- und Naturschutz zwei neue Themenschwerpunkte hinzugekommen.

Das Zuwendungsvolumen schöpfe den Haushaltsansatz von 10 Mio. Euro für dieses Jahr aus. Erfahrungsgemäß ergäben sich im Verlaufe des Haushaltsjahres durch einzelne Verschiebungen oder auch durch Reduzierungen in den Projekten finanzielle Spielräume, die für weitere interessante Projekte genutzt werden könnten. Mit den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln und den als Regelfall vorgesehenen Pauschalen pro Freiwilligenplatz und Monat könnten rein rechnerisch pro Jahr 5.000 zusätzliche Freiwilligendienstplätze für alle Altersgruppen geschaffen werden. Die von den Antragstellern eingereichten Kalkulationen ließen erwarten, dass dieses Ziel zwar nicht in diesem Jahr, aber in den Folgejahren erreicht werden könnte. Er gehe davon aus, dass möglicherweise dann auch ein gewisser finanzieller Mehrbedarf entsteht.

Mit Stand vom 1. Februar 2005 habe das BMFSFJ die Organisation der Abläufe und der Bewilligungen dem Bundesverwaltungsamt (BVA) übertragen. Es sei in der Zwischenzeit ein Formblatt entwickelt worden, das das Bewilligungsverfahren standardisieren - auch mit Blick auf die wissenschaftliche Begleitung - und vereinfachen solle. Die Arbeiten seien so

weit fortgeschritten, dass er davon ausgehe, dass die ersten Projekte bereits Anfang April be-
willigt werden und an den Start gehen könnten.

Hinsichtlich der wissenschaftlichen Begleitung habe es ein Ausschreibungsverfahren gege-
ben. Der Auftrag sei nach eingehender Prüfung der Angebote an das Zentrum für Zivilgesell-
schaftliche Entwicklung der Evangelischen Fachhochschule in Freiburg vergeben worden.
Projektleiter sei Prof. Dr. Klie. Er hoffe, dass Prof. Klie spätestens Mitte April mit der Arbeit
beginnen könne.

Neben der wissenschaftlichen Begleitung werde es noch unter der Leitung des Staatssekretärs
einen Programmbeirat mit ca. acht Mitgliedern geben. In diesem Programmbeirat sollen auch
– wie schon in der Impulskommission – Abgeordnete aus allen Fraktionen sowie Vertreter
aus Wissenschaft und Gesellschaft vertreten sein, aber keine Projektträger. Neben dem Pro-
grammbeirat werde es auch wieder so genannte Projektarbeitsgruppen geben, die die fachli-
che Verzahnung herstellen sollen.

Die Abgeordneten **Ina Lenke** (FDP), **Antje Blumenthal** (CDU/CSU), **Anton Schaaf** (SPD)
und **Dr. Andreas Scheuer** (CDU/CSU) kritisieren, dass die im Januar zugesagte Liste der
Projekte heute nicht vorliege und darum eine sachgerechte Diskussion nicht möglich sei.

Die Mitglieder des Unterausschusses verständigen sich darauf, die sodann als Tischvorlage
verteilte Projektliste und die Vergabekriterien für die Projekte zu diskutieren

Der **Vorsitzende** stellt zu Beginn der Erörterung folgende Fragen: Seien für alle 54 Projekte
die angesprochenen 10 Mio. Euro ausreichend? Was passiere, wenn sich z. B. herausstelle,
dass mehr Geld benötigt werde? Wie verteile sich das Finanzvolumen auf die verschiedenen
Projekte und Projektbereiche?

Dieter Hackler (BMFSFJ) bedauert, dass die in die Postfächer der Abgeordneten verteilte
Liste noch nicht vorliege. Die Verteilung zeige jedoch, dass die Liste den Mitgliedern des
Unterausschusses nicht vorenthalten werden sollte. Zur Berichterstattung über die Vergabe-
kriterien gebe er das Wort an Frau Dr. Gölz.

Dr. Heide Gölz (BMFSFJ) erläutert, dass die Vergabekriterien in den Empfehlungen des Be-
richts der Kommission „Impulse für die Zivilgesellschaft“, Ziffern 13 bis 18, dargelegt seien.
Die Kriterien für die Modellprogramme ergäben sich zudem formal aus dem Haushaltstitel,
wie er beschrieben sei.

Bei der Auswahl der Projekte habe sich herausgestellt, dass viele Projekte, z. B. für berufs begleitende und familienbegleitende Freiwilligendienste, nicht das von der Kommission empfohlene Zeitstrukturschema hatten: mindestens 20 Wochenstunden oder drei Monate, sondern durchaus flexiblere Zeitstrukturen. Das BMFSFJ habe sich anfänglich schwer getan, diese Projektvorschläge mit in das Projektprogramm aufzunehmen, sich dann aber entschlossen, auch diesen eine Chance der Erprobung zu geben. Kurz gesagt: Das sei das Grundsche ma, nach dem die Projekte ausgesucht worden seien.

Die den Abgeordneten jetzt vorliegende Liste sei nach bestimmten inhaltlichen Schwerpunkten geordnet. Diese inhaltlichen Schwerpunkte orientierten sich auch an den Kommissionsempfehlungen. Ein Schwerpunkt betreffe auch die Umstrukturierung von Freiwilligendiensten. Es gehe hier darum, dass beispielsweise die Wohlfahrtsverbände ihre auf die klassischen Freiwilligendienste zugeschnittenen Strukturen ein Stück weit den neuen Diensten anpassen. Das bedeute nicht, dass die Strukturen der klassischen Jugendfreiwilligendienste aufgegeben und untergeordnet werden müssten.

Abg. **Anton Schaaf** (SPD) fragt, ob es eine schriftliche Kriterienliste gebe, anhand derer geprüft werden könne, ob ein geplantes Vorhaben förderungswürdig sei?

Abg. **Ina Lenke** (FDP) will wissen, wie viele Mitarbeiter des Bundesamtes für den Zivildienst für die Organisation generationsübergreifender Freiwilligendienste abgeordnet worden seien, wie viele für den „echten“ Zivildienst noch arbeiteten und wie viele nach § 14c Aufgabenbetreuung wahrnahmen. Des Weiteren wolle sie wissen, wie die Mitarbeiter für die neuen Aufgaben geschult würden?

Abg. **Dr. Andreas Scheuer** (CDU/CSU) schließt sich der Bitte nach einer Kriterienliste an. Er bitte für die nächste Sitzung außerdem um eine Auflösung der in der vorliegenden Liste vorhandenen Abkürzungen, um die Zuordnung des Fördervolumens zu den einzelnen Projekten und um die Definition, was unter „diversen Standorten“ zu verstehen sei.

Der **Vorsitzende** bittet die Vertreter des BMFSFJ, zur Vorbereitung auf die nächste Sitzung am 20. April 2005 den Kriterienkatalog für die Vergabe vorzulegen sowie zu beantworten, welche Bedeutung die in der Liste genannten Kategorien hätten und ob den einzelnen Kategorien bestimmte Fördersummen zugeordnet seien.

Abg. **Anton Schaaf** (SPD) fragt, ob bei der vorliegenden Liste davon auszugehen sei, dass alle aufgeführten Projekte genehmigt und die Projektträger hierüber informiert seien?

Abg. **Jutta Dümpe-Krüger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragt ebenfalls, ob die vorliegende Liste der letzte Stand sei? Sie bitte ebenfalls um Erläuterung der Begriffe „diverse Standorte“ u. Ä.

Dieter Hackler (BMFSFJ) erläutert, dass das Bundesamt für den Zivildienst mit der Abwicklung der generationsübergreifenden Freiwilligendienste grundsätzlich nichts zu tun habe. Vielmehr seien fünf Mitarbeiter aus dem Bundesamt für den Zivildienst an das Bundesverwaltungsamt (BVA) für einen bestimmten Zeitraum abgeordnet worden. Man habe darauf bestanden, dass die abgeordneten Mitarbeiter des Bundesamtes für den Zivildienst nicht der Bewilligungsgruppe zugeordnet würden, da diese im Bundesamt für die Bereiche Bewilligungsverfahren für Freiwilligendienste und Abrechnungsverfahren tätig gewesen seien.

Die Frage nach der Festlegung der einzelnen Fördervolumina könne er noch nicht abschließend beantworten. Bei den vorliegenden Anträgen sei erkennbar gewesen, dass die Mittel nicht alle sofort gebraucht würden, sondern wahrscheinlich sukzessive abgerufen würden. Er gehe davon aus, dass im Vollzug der einzelnen Projekte noch finanzielle Spielräume entstünden. Wie groß diese sein würden, könne er heute nicht sagen. Ob die vorhandenen Mittel komplett ausgeschöpft würden, werde erst am Ende des Haushaltsjahres deutlich werden. Er gehe jedoch davon aus, dass die 10 Mio. Euro, die im Haushalt eingestellt seien, für das Bewilligungsjahr 2005 ausreichen. Die Summen für die einzelnen Projekte habe er zurzeit nicht vorliegen. Diese werden sich jedoch in der versprochenen Vorlage finden.

Der **Vorsitzende** fragt nach, ob das benötigte Finanzvolumen für die 54 Projekte zufällig genau 10 Mio. Euro betrage. Wenn z. B. die Träger mehr Projektmittel als die 10 Mio. Euro beantragt hätten, stelle sich die Frage, nach welcher Methode gekürzt werde?

Dieter Hackler (BMFSFJ) betont, dass es in dem Sinne keine Überbuchungen gebe und darum auch nicht darüber nachgedacht worden sei, wie gekürzt werden müsse. Für das Haushaltsjahr 2005 sei man auf der sicheren Seite.

Der **Vorsitzende** schließt den Tagesordnungspunkt ab und kündigt an, dass er dem Bundesministerium für Familie, Senioren Frauen und Jugend die Fragen noch einmal schriftlich zukommen lassen werde.

Er ruft TOP 2 auf und begrüßt hierzu nochmals die beiden Vertreterinnen aus Baden-Württemberg.

Beate Müller (Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg) erläutert, dass sie den Abgeordneten zuerst einen kurzen Überblick über die Entwicklung des „Themenorientierten Projektes Soziales Engagement in der Realschule“ (TOP SE) geben wolle, wie es entstanden sei und welche außerschulischen Partner beteiligt seien. Hierzu habe sie auch einen kurzen Film mitgebracht, der den augenblicklichen Stand in den Schulen widerspiegele. Frau Monika Wenger werde im Anschluss an den Film darüber berichten, wie die Idee des Themenorientierten Projektes „Soziales Engagement in der Realschule“ Donaueschingen umgesetzt werde.

Der Grund für die Einführung eines Projektbereichs soziales Engagement sei darin zu suchen, weil man festgestellt habe, dass an den Realschulen die problembelasteten Lebensumstände der Jugendlichen zugenommen hätten. Sie wolle nicht von einer Verwahrlosung der Jugendlichen sprechen, aber das soziale Umfeld werde für die Schüler immer schwieriger und sie übernehmen kaum noch Verantwortungsbereiche im Gemeinwesen.

Das Projekt sei vor ungefähr eineinhalb Jahren entwickelt und in den neuen Bildungsplan aufgenommen worden. Im Realschulbereich gebe es vier themenorientierte Projekte: Wirtschaft, Verwalten und Recht, Berufsorientierung Realschule, technisches Arbeiten und soziales Engagement. Diese Bereiche seien neben den Fächern und den Fächerverbänden im Kerncurriculum des neuen Bildungsplans verankert und gehörten zum Profil der Realschulen in Baden-Württemberg. Die Projekte bauten aufeinander auf, und sie könnten von Klasse 6 bis Klasse 9 durchgeführt werden. In Klasse 6 stehe meist technisches Arbeiten auf dem Programm. Soziales Engagement, Wirtschaft, Verwalten und Recht wechselten sich ab in Klasse 7 und 8, Berufsorientierung stehe in Klasse 9 auf dem Stundenplan. In Baden-Württemberg sei man zurzeit dabei, eine neue Abschlussprüfung für die Realschule zu entwickeln. Es werde eine Kompetenzprüfung geben, die in Projektform durchgeführt wird. Die Projekte bauen aufeinander auf und dienen der Einübung bestimmter Methoden und Techniken. TOP SE werde nach festen Regeln durchgeführt und es sei daran gedacht, es zu evaluieren.

TOP SE habe auch zum Ziel, Schülerinnen und Schülern soziales Denken näher zu bringen, um damit auch ihre Persönlichkeit zu stärken. Das soziale Engagement diene dazu, neben Fach- und Methodenkompetenz vor allem Sozial- und Personalkompetenz einzuüben. Mit TOP SE sollen die Schülerinnen und Schüler in die Institution Schule eingebettet und gleichzeitig eine Verbindung zur lokalen Bürgerschaft hergestellt werden. Man habe festgestellt, wenn die Schule sich öffne, vergrößere sich die Akzeptanz für die Schule und das Verständnis für das, was Lehrer in den Schulen machten und umgekehrt. TOP SE sei auch als eine vertrauensbildende Maßnahme anzusehen.

Im sozialen Engagementbereich würden die Schüler Menschen außerhalb der Schule begegnen. Deswegen könnte das Motto des sozialen Engagements auch lauten: „Von Mensch zu Mensch“. Die Schule könne solche Begegnungen nur teilweise organisieren und deshalb arbeite man mit außerschulischen Partnern zusammen. Sie halte es für wichtig, auch Projekte im sozialen Engagementbereich durchzuführen und damit ein Gegengewicht zu der technischen Ausrichtung der Realschule zu haben. Soziales Lernen beginne nicht erst in der Schule, sondern bereits vorher: im Elternhaus, im Kindergarten, in der Grundschule usw., aber es höre auch nicht mit der Schule auf. Soziales Lernen sei eine lebenslange Herausforderung und die Schule könne hierzu einen zwar begrenzten, aber wichtigen Beitrag leisten.

Mit dem neuen Bildungsplan sei das TOP SE fester Bestandteil des schulischen Angebots der Realschule geworden. Die Richtlinie für dieses Projekt sehe vor, dass alle Schüler einer Klassenstufe sich ein Jahr lang 72 Stunden in einem sozialen Projekt engagierten. Weiteres stehe in dem hierzu verteilten Materialien. Natürlich mussten bei Einführung des Projektes auch Widerstände in der Lehrerschaft überwunden werden, deren Bedenken wegen der obligatorischen Einführung groß waren. Diese Bedenken bestünden heute nicht mehr, und die Rückmeldungen seien durchweg positiv.

Zu Beginn des Projekts hätten die Realschulen TOP SE hauptsächlich an das Fach Religion anhängen wollen. Hiergegen habe es jedoch Widerstände aus den Kirchen in Baden-Württemberg gegeben. Der daraufhin einberufene runde Tisch, an dem Jugendwerke, Landeskirkeneinrichtungen, Schulleiter, Standardexperten und das Realschulreferat beteiligt waren, habe darüber nachgedacht, wie der Aufbau eines gemeinsamen Netzes für Jugendliche möglich sei und damit TOP SE an den Realschulen implementiert werden könne.

Die Diskussion am runden Tisch habe auch zur Überwindung von Vorurteilen bei den einzelnen Beteiligten geführt. Die Jugendwerke, die sich früher eher gegenüber der Schule abgegrenzt hätten, hätten gelernt, die Schule auch als Partner zu akzeptieren. Sie seien gleichwertige Partner und Kompetenzträger, die in der Schule dringend gebraucht würden. Das Evangelische Jugendwerk Baden-Württemberg habe zum Beispiel ein Trainee-Programm für TOP SE entwickelt. Hierbei handele es sich um Module, die die Schule im Bereich Grundausbildung für Juniormentorenprogramme abrufen könne. Außerschulische Partner hätten sich mit Geldspenden an bestimmten Projekten beteiligt. Das Ministerium habe sich in diesem Zusammenhang bemüht, Transparenz herzustellen, um für alle Beteiligten einen gleichen Informationsstand zu gewährleisten. Sie habe z. B. sämtlichen Schuldekanen und kirchlichen Schulräte der Evangelischen und Katholischen Landeskirchen in Baden-Württemberg angesprochen und über die Ziele und Chancen von TOP SE für die Kirchen informiert. Gleiches gelte für das Deutsche Jugendrotkreuz, das THW, die Jugendfeuerwehr usw. Das Resultat dieser Ar-

beit sei gewesen, dass alle Beteiligten, sowohl Schule als auch außerschulische Partner begonnen hätten, sich intensiv zu überlegen, wie sie sich in die Schule einbringen könnten. So sei eine klassische Win-Win-Situation entstanden.

Die Etablierung von TOP SE sei auch darauf zurückzuführen, dass es ein fester Bestandteil des Kerncurriculums der 420 Realschulen in Baden-Württemberg sei und nicht lediglich eine Wahlmöglichkeit. TOP SE werde verbal beurteilt und bewertet. Das habe natürlich zu Problemen geführt, weil die Kolleginnen und Kollegen zu Recht gesagt hätten, soziales Engagement könne nicht bewertet werden. Es könne aber gewürdigt werden. In dem nachfolgenden Film werde erkennbar, wie wichtig die öffentliche Würdigung ihres Engagements für die Schüler sei.

Noch heute führe das Ministerium eine Vielzahl von Informationsveranstaltungen durch, an denen Eltern, Schulleitungen, Lehrer, Schulräte und nicht zuletzt auch die Schülerinnen und Schüler teilnehmen. Man habe zudem Multiplikatoren ausgebildet, die den Prozess ebenfalls weiter begleiteten.

Der **Vorsitzende** weist auf die dem Unterausschuss vorliegenden empirischen Erkenntnisse aus dem zweiten Freiwilligensurvey von 2004 hin, wonach sich etwa ein Drittel aller Deutschen aktiv engagiere; das gelte auf für die Gruppe der Jugendlichen über 14 Jahre.

Abg. **Rita Pawelski** (CDU/CSU) fragt, ob an dem Projekt auch Migrantenkinder teilnähmen?

Abg. **Anton Schaaf** (SPD) fragt, ob daran gedacht werde, auch den Bereich Hauptschule in ein ähnliches Projekt einzubeziehen? Er wolle noch anmerken, dass das Projekt, da es Bestandteil des Unterrichts sei, im strengen Sinne nicht dem klassischen freiwilligen Engagement entspreche. Er halte den eingeschlagenen Weg jedoch auch für gangbar und vernünftig.

Beate Müller (Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg) erklärt, dass sie TOP SE für einen wichtigen Einstieg halte, um bei den Schülern überhaupt Freiwilligkeit zu wecken. Für viele Schüler sei das TOP SE der erste Kontakt mit sozialem Engagement gewesen. Viele stellten dadurch fest, dass soziales Engagement auch Spaß machen könne.

Abg. **Dieter Grasedieck** (SPD) will wissen, was mit den Schülern passiere, die sich nicht engagieren wollten?

Beate Müller (Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg) merkt hierzu an, dass es eine Vielzahl von Möglichkeiten gebe, aus denen die Schülerinnen und Schüler

auswählen könnten. Ihres Wissens fänden sich die Schülerinnen und Schüler mindestens in einem Projekt wieder.

Monika Wenger (Realschule Donaueschingen) erläutert, dass die Realschule in Donaueschingen 1.075 Schülerinnen und Schüler habe. Zurzeit führe diese TOP SE mit 180 Schülern durch, ohne dass es Verweigerer gebe.

Beate Müller (Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg) ergänzt, dass die Hauptschulen und Gymnasien Ähnliches in ihren Projektbereichen machten. In der Hauptschule gebe es z. B. dreitägige Praktika im sozialen Bereich. Was die Engagementbereitschaft betreffe, habe sie festgestellt, dass Mädchen sich zu Beginn von TOP SE sozial engagierter zeigten als Jungen. Im Verlauf von TOP SE verlöre sich dieser Unterschied allerdings.

Der **Vorsitzende** fragt, ob etwas zur Nachhaltigkeit des Engagements der Jugendlichen durch TOP SE bekannt sei?

Beate Müller (Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg) stellt hierzu fest, dass TOP SE ihres Wissens nur in geringem Maße zu einer Ausweitung des Engagements bei den Schülern führe. Sie habe festgestellt, dass die, die sich bereits vorher engagiert hätten, auch hinterher weiter engagierten. Man habe gehofft, durch TOP SE diese Situation zu verändern. Dies sei leider nur in geringem Umfang eingetroffen. Hinsichtlich der Kinder von Migrantinnen und Migranten gebe es im Engagementverhalten bei TOP SE keinen Unterschied.

Monika Wenger (Realschule Donaueschingen) erläutert, dass die Realschule Donaueschingen mit sechs verschiedenen Projekten, z. B. Pausenmentoren oder Schulsanitäter, begonnen habe. Ihrem Eindruck nach hätten sich die Schülerinnen und Schüler jeweils in einem der Projekte wiedergefunden. Im Anschluss an TOP SE sei aus dem Kreis der Schüler der Wunsch geäußert worden, „mehr“ machen zu wollen. Daraufhin habe die Realschule ein freies Praktikumssystem eingeführt. Engagierte Eltern und Lehrer suchten Praktikumsplätze für die sich die Schülerinnen und Schüler anmelden könnten. Die Betreuung der Schüler bei dem Praktikum erfolge durch engagierte Eltern oder Lehrer. Das Angebot werde von den Schülern sehr gern wahrgenommen. Auch innerhalb der Schule habe das soziale Engagement zu einer Verhaltensänderung geführt. Die Realschule habe auf Wunsch der Schüler soziale Dienste eingerichtet, z. B. Hilfe beim Mittagstisch, bei Hausmeistertätigkeiten usw., in denen diese sich weiter betätigen könnten. Ihrer Auffassung nach hätten manche Schüler angefangen, mit dem „Herzen zu sehen“. Diese Entwicklung habe man von Seiten der Lehrer und der Schulleitung nicht erwartet.

Für sie sei TOP SE quasi ein notwendiger erster Schritt gewesen, den die Schülerinnen und Schüler gebraucht hätten, um ihr eigenes Engagementpotential zu entdecken. Es verstehe sich von selbst, dass auch die Eltern diese Entwicklung mit großer Genugtuung sähen.

Vorführung eines Films, der TOP SE an der Realschule Donaueschingen vorstellt sowie Schüler- und Lehrermeinungen zu dem Projekt wiedergibt.

Abg. **Dieter Grasedieck** (SPD) fragt, welcher Zeitaufwand für die Vorbereitung der Projekte bei den Schülerinnen und Schülern, aber auch bei den Lehrern und den beteiligten außerschulischen Institutionen notwendig war?

Abg. **Ina Lenke** (FDP) will wissen, ob die angesprochenen 72 Stunden zusätzlich geleistet worden seien oder ob diese Bestandteile der „normalen“ Schulzeit gewesen seien.

Der **Vorsitzende** fragt nach, wie groß die Widerstände in der Lehrerschaft bei Einführung von TOP SE gewesen seien?

Monika Wenger (Realschule Donaueschingen) erklärt, dass es immer Widerstände gebe, wenn etwas Neues eingeführt werde. Diese Widerstände seien allerdings nach einem Jahr TOP SE nicht mehr vorhanden. Die Lehrer seien zudem nicht allein im TOP SE, sondern bekämen Hilfe von den beteiligten außerschulischen Institutionen. So würde die medizinische Ersthelferausbildung von den Schulsanitätern wahrgenommen oder bei einem Praktikum in einer Familie mit kleinen Kindern arbeite man eng mit Experten der Volkshochschule zusammen. Bei einem Praktikum im Kindergarten kämen die Erzieherinnen in die Schule und berichteten über den Entwicklungsstand der Kindergartenkinder und erläuterten, wie mit den Kindern umgegangen werden müsse. Dies alles habe viel zur Akzeptanz von TOP SE bei den Kolleginnen und Kollegen beigetragen.

Abg. **Klaus Riegert** (CDU/CSU) stellt fest, dass es sich seiner Meinung nach bei TOP SE um einen „freiwilligen Zwang“ handle. Ihn interessiere, ob daran gedacht werde, durch eine Langzeitstudie die Auswirkungen von TOP SE auf das Engagementverhalten der Jugendlichen zu untersuchen. Mit Blick auf den Zivildienst, die Freiwilligendienste usw. sei es interessant zu erfahren, ob aus einer obligatorischen Teilnahme nicht auch positive Effekte erwachsen könnten.

Abg. **Dr. Andreas Scheuer** (CDU/CSU) fragt, ob es auch Projekte gebe, die politisches Engagement zum Inhalt hätten, z. B. Schülermitverwaltung, Mitarbeit in politischen Jugendorganisationen usw. ?

Beate Müller (Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg) antwortet, dass sie von einem Projektbaustein zum politischen Engagement noch nicht erfahren habe. Sie könne sich allerdings auch einen solchen Baustein vorstellen, da es bereits einen Arbeitskreis gebe, der sich mit christlich versus islamischen Wertvorstellungen auseinandersetze.

Es sei vorgesehen, TOP SE zu evaluieren. In dieser Woche finde z. B. ein Realschulforum in Calw statt, auf dem auch über die Erfahrungen mit dem Projekt gesprochen werde. Einzelne Schulen führten eigene kleine Evaluationsstudien durch.

Die 72 Stunden seien zu Beginn des Projektes durchaus ein Problem gewesen. Es handele sich hierbei jedoch um so genannte Schülerstunden, die in die Fächer integriert werden sollten. Nachdem man sich jedoch entschlossen habe, die Projekte en bloc durchzuführen, sei die Einführung von TOP SE unproblematisch gewesen.

Monika Wenger (Realschule Donaueschingen) erläutert, dass ihre Realschule dieses Jahr ein Projekt gestartet habe, dass die Schülermitverwaltung (SMV) einbeziehe. Die Idee sei von den Klassensprechern eingebracht worden und funktioniere sehr gut. Die SMV sei in diesem Fall praktisch Projektleiter.

Zu der aufgeworfenen Frage des „freiwilligen Zwanges“ wolle sie anmerken, dass es ihrer Meinung nach wichtig sei, den Schülerinnen und Schülern den Zugang zu einem Thema zu eröffnen. Hierbei helfe oftmals eine obligatorische Teilnahme, die überhaupt erst einen Einstieg in eine Sache ermögliche.

Zu dem weiterführenden Engagementverhalten verweise sie auf den so genannten „Qualipass“. Dieser unterstütze eine weitere Freiwilligkeit bei den Jugendlichen. Schüler, die sich weiter engagieren wollten, könnten bei einem Praktikum diesen „Qualipass“ vorlegen. Dieser dokumentiere die persönlichen und fachlichen Kompetenzen der Schülerin oder des Schülers und diene als Anhaltspunkt für die Institution, die den Praktikumsplatz bereitstelle. Auch die praktikumsplatzbereitstellende Institution könne die Einträge weiter vervollständigen. Der „Qualipass“ soll über alle TOP SE-Bereiche weiter geführt werden und die Zertifikatsblätter könnten als Beilage für Bewerbungsunterlagen dienen. Dieses Konzept habe nicht nur die Eltern, sondern auch die Schüler überzeugt und automatisch zu einer größeren Akzeptanz von TOP SE geführt.

Abg. **Jutta Dümpe-Krüger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erläutert, dass auch sie die Frage des „freiwilligen Zwanges“ interessiere. Sie wolle wissen, wie die Angebote gestaltet würden, um möglichst viele Jugendliche zum Mitmachen zu bewegen?

Monika Wenger (Realschule Donaueschingen) berichtet, dass ihrem Eindruck nach die Schüler für die angebotenen Möglichkeiten dankbar seien. Die Vielzahl der angebotenen Projekte führe dazu, dass die Alternativen der Schüler zum Mitmachen wüchsen.

Beate Müller (Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg) ergänzt, dass für sie noch ein zweiter Faktor, der das Mitmachen stärke, hinzukomme, das sei das in die Schülerinnen und Schüler gesetzte Vertrauen in deren Fähigkeiten. TOP SE führe zu einer Erweiterung der sozialen Fähigkeiten.

Dr. Martin Schenkel (BMFSFJ) erläutert, dass das BMFSFJ ein Modellprojekt „FSFJ Plus“ in Zusammenarbeit mit der Diakonie in Baden-Württemberg aufgelegt habe. Jungen Menschen werde die Möglichkeit gegeben, parallel zum FSJ z. B. den Hauptschulabschluss nachzumachen oder, bei vorhandener mittlerer Reife, eine Berufsausbildung in dem FSJ-Bereich zu machen. Das BMFSFJ beabsichtige, in Zusammenarbeit auch mit anderen Trägern solche Projekte bundesweit zu fördern.

Der **Vorsitzende** erklärt, dass die Frage des Zwanges wohl so gesehen werden könne, dass es in der Schule immer einen Kanon von Vorgaben, wie Mathematik, Deutsch usw. gebe, die nicht abgewählt werden könnten. In Baden-Württemberg gehöre zu diesem Kanon auch TOP SE. Die Teilnahme am TOP SE sei aber nicht wie bei den klassischen Zwangsdiensten zu interpretieren.

Er stelle fest, dass keine weiteren Fragen mehr vorlägen. Er bedanke sich daher bei den beiden Referentinnen für die anschauliche und instruktive Darstellung.

Der **Vorsitzende** ruft TOP 3 „Beschlussfassung über die Stellungnahme des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“ zu dem Entwurf eines „Gesetzes zur Regelung des Zugangs zu Informationen des Bundes (Informationsfreiheitsgesetz – IFG)“, Drs. 15/4493“ auf und gibt bekannt, dass man sich unter den Obleuten im Vorfeld der Sitzung informell darauf geeinigt habe, TOP 3 zu verschieben.

Ende der Sitzung: 19.00 Uhr



Dr. Michael Bürsch